





## Unsere Abgeordneten im Landtag

### FFP2-Masken für Bedürftige

**M**edizinische Masken sind ein wirksamer Schutz vor Corona. Allerdings sind sie teuer und für viele deshalb unerschwinglich. Um für Entlastung zu sorgen, stellt die Linksfraktion im Brandenburger Landtag Masken zur Verfügung. Wir Abgeordnete geben diese in den Wahlkreisbüros oder bei Terminen in den Wahlkreisen an Bedürftige aus.

Zum Beispiel war Kathrin Dannenberg in Senftenberg und Großräschen unterwegs. Der Integrationsbeirat hatte um Masken besonders für Studierende gebeten. Sie haben oft keine Nebenjobs mehr, können gerade noch die laufenden Kosten wie Miete und Krankenkasse finanzieren – da bleibt kein Geld mehr für Masken. Weitere Stationen waren die Tagesstätte für Obdachlose in Senftenberg und die Tafel in Großräschen. Auch hier werden die Masken dringend benötigt.

Thomas Domres aus der Prignitz hat je 100 Stück der Perleberger Tafel und dem Wittenberger Frauenhaus übergeben. Besonders sozi-

ale Akteure leisten momentan einen wichtigen Beitrag zur Abfederung der pandemiebedingten Verwerfungen. Um den Schutz der oft ehrenamtlich arbeitenden Menschen und ihrer Klienten zu erhöhen, ist es wichtig, dass sie mit professionellen Masken versorgt sind. Domres bedankte sich beim gesamten Team der Perleberger Tafel und beim Frauenhaus in Wittenberge für ihre wichtige Arbeit.

Ich selbst habe 400 Masken an die Tafeln in Strausberg und Seelow und andere Bedürftige gegeben. Damit soll das ohnehin knappe Budget der Hilfesuchenden entlastet werden, aber auch dem Schutz der Helferinnen und Helfer gewährleistet werden.

Es sind noch weitere 300 Masken im Seelower Wahlkreisbüro gelagert. Sie werden zum Teil an die Tafel in Neuhardenberg gehen. Jederzeit können sich Menschen, die Masken brauchen, an uns wenden.

Viele leiden massiv unter den Folgen der Coronakrise, besonders sind es eben die, die sowieso



Bettina Fortunato bei der Übergabe von FFP2-Masken an die Tafel der Volkssolidarität in Seelow

schon wenig Geld zur Verfügung haben. Unsere Aktion ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Viel wichtiger wäre es, die monatlichen Grundsicherungsleistungen zu erhöhen und nicht einen einmaligen Bonus von 150 Euro zu zahlen.

### Frauen in der Coronapandemie jetzt unterstützen und stärken!

**D**as ist der Titel eines Antrages im Landtag Brandenburg, eingebracht von der Linksfraktion zusammen mit den Koalitionsfraktionen. Vor dem Internationalen Frauentag und der Brandenburgischen Frauenwoche unter dem Motto „Superheldinnen am Limit“ war es uns ein Anliegen, ein gemeinsames Zeichen zu setzen. In der Pandemie sind es Frauen und Mädchen, die als Erste unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise leiden. Sie sind die ersten, die gesellschaftlich absteigen, ihre Jobs verlieren, die mehr als vorher Gewalt ausgesetzt sind, was auch die Antworten zu meiner Kleinen Anfrage zur häuslichen Gewalt deutlich belegt haben.

Allein im Vergleich zu 2019 haben sich im März und April 2020 die Zahlen am Beginn der Pandemie um 25 % erhöht. Das Netzwerk Frauenhäuser in Brandenburg berichtet in regelmäßigen Gesprächen von mehr Gewalt und massiveren Angriffen auf Frauen und Kinder. In der Krisensituation verschärft sich die gesundheitliche Beanspruchung der Frauen zusätzlich. Wir brauchen gute Beratungsstrukturen und verstärkte vernetzte Präventi-

onsarbeit, die greifen, bevor die Frauen den Weg in Schutzeinrichtungen suchen müssen. Die konservative Rollenverteilung, die Frau schmeißt den Haushalt und der Mann arbeitet an Karriere und Gehalt, ist immer da gewesen, sie war nie wirklich weg. Sie tritt jetzt, zu Pandemiezeiten nur wieder deutlicher zu Tage.

Während Frauen also schon vor der Pandemie einen größeren Anteil der Kinderbetreuung und der Hausarbeit übernahmen, kamen während der Schließung von Schulen und Kitas weitere Aufgaben als Ersatzlehrerin, Betreuerin und Köchin dazu. Ich weiß aus Gesprächen und eigenem Erleben, dass Frauen Organisationsgenies sind, was Mehrfachbelastungen betrifft. Die jetzige Ausnahmesituation jedoch führt oft zu völliger Erschöpfung und zum Verlust persönlicher Freiräume und Erholung. Im Brandenburger Gleichstellungsbericht von 2020 ist nachzulesen, wie sich Mehrfachbelastungen über lange Zeiträume auf den Gesundheitszustand von Frauen auswirken.

Was jetzt zu tun ist, wird in unserem Antrag zusammengefasst. So sollten Maßnahmen für Frauen und deren Kinder niemals unter Haus-

haltsvorbehalt stehen. Gleichstellung und Schutz vor Gewalt sind nicht verhandelbar. Es ist und bleibt eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe aller Ebenen, die Frauen und deren Kinder vor physischer und psychischer Gewalt und gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen.

Egal welcher Ort in ihrer Geburtsurkunde steht, welchen Abschluss sie haben oder welches Lebensmodell sie für sich gewählt haben. Parität bleibt unser oberstes Ziel.

Die AfD sieht das anders. Sie wollte das Anliegen lächerlich machen, wie so oft. Als sie z. B. die Gleichstellungsbeauftragten abschaffen wollten und Familienbeauftragte benennen, die sich dann vor allem um die klassische Familie (Vater-Mutter- mindestens 2 Kinder) kümmern sollten. Sie wurde durch eine große Mehrheit der Abgeordneten eines Besseren belehrt.

*Der Antrag kann unter der Drucksache 7/3020 komplett nachgelesen werden.*

*Bettina Fortunato  
Landtagsabgeordnete*



Foto: A. Fortunato

## Unsere Abgeordneten im Kreistag

### Uwe Salzwedel soll neuer Landrat werden

**A**ls ihren Kandidaten für die Landratswahlen in Märkisch-Oderland am 26. September will DIE LINKE Uwe Salzwedel vorschlagen. Einstimmig votierte der Kreisvorstand am Donnerstag (18. Februar) dafür, die Genossinnen und Genossen über die Kandidatur des langjährigen Vorsitzenden der Linksfraktion sowie des Jugendhilfeausschusses im Kreistag auf einer bevorstehenden Mitgliederversammlung abstimmen zu lassen. Der 59-jährige Lehrer sei im gesamten

Landkreis und insbesondere mit Vereinen, Einrichtungen und Verwaltungen gut vernetzt. Durch sein langjähriges Engagement vor allem für soziale Belange der Bürgerinnen und Bürger habe sich Uwe Salzwedel breite Anerkennung sowie Vertrauen erworben, erklärte der Kreisvorstand. Er wolle sich für ein kollegiales Miteinander zwischen Kreisverwaltung und den demokratischen Gremien bei der weiteren Entwicklung des Landkreises einsetzen, betonte Salzwedel.



### Zinndorfer Gülle gefährde nicht Gewässer und Grundwasser



Foto: Renate Adolph

v. l. Uwe Salzwedel, Angelika Wieland, Monika Huschenbett

**D**as kurzzeitige Überlaufen von Gülle im Umfeld der Anlage des Jahres in die Kritik geratenen Schweinehaltung Zinndorf stelle im Umfeld der Anlage noch keine ernst zu nehmende Gefährdung dar. Das geht aus einer Antwort von Landrat, Gernot Schmidt, auf eine Anfrage der Abgeordneten im Kreistag Märkisch-Oderland Renate Adolph (DIE LINKE) zum Einsatz der Unteren Wasserbehörde nach Bekanntwerden der skandalösen Zustände in der Agrar- und Verwaltungs-GmbH Zinndorf hervor.

Die Gülle sei stark verdünnt gewesen, da der Betreiber wiederholt versucht habe, die verstopften Güllekanäle mit Trinkwasser zu spülen. Der Trockensubstanzgehalt dieser Gülle sei sehr gering. An die Anlage schlossen sich zudem direkt landwirtschaftliche Nutzflächen ohne Oberflächengewässer an. Unter dem Anlagengelände befände sich außerdem eine starke Schicht aus Geschiebemergel, die den ersten Grundwasserleiter zusätzlich schütze, so Schmidt. Der in ca. 300 m Entfernung in südöstlicher Richtung befindliche Zinndorfer Feldgraben sei nur zeitweise nach starken Niederschlägen wasserführend. Er diene der Entwässerung der umliegenden Ackerflächen und habe keinen direkten Abfluss in einen Vorflutgraben. Ein Gülleeintrag durch ein Überlaufen innerhalb der Anlage sei angesichts der Entfernung und der Geländetopografie sehr unwahrscheinlich.

Bei weiteren Fragen der Abgeordneten nach Kontrollen der bereits in Vorjahren auffällig gewordenen Schweinehaltung gab Landrat Schmidt zu, dass sich die Zustände in Zinndorf bereits zuvor am Rande des Zulässigen befanden. Allerdings seien aber entsprechende Auflagen der Verwaltung stets anschließend erfüllt worden.

Auch bei der ersten Nachkontrolle Anfang Dezember 2020 nach einer erneuten Anzeige im Vormonat seien nach weiteren Auflagen die größten Mängel in der Tierhaltung beseitigt gewesen. Für die verbleibenden Beanstandungen wurden wiederum Auflagen erteilt. Nach den Konsequenzen befragt, räumte Schmidt ein, zukünftig werde sehr vehementer die Prüfung und ggf. die Entziehung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung durch das zuständige Landesamt einzufordern sein. Außerdem werde durch den Landkreis zu überprüfen sein, Auflagen so zu gestalten, dass sie nachhaltiger wirkten.

### Was wird mit dem Bauvorhaben Förderschule Neuenhagen?

**Z**um Redaktionsschluss der Impulse war noch immer keine Entscheidung über den Neubau der traditionellen Förderschule in Neuenhagen nach dem Stopp von Landrat, Gernot Schmidt, bekannt.

Als Antwort auf einen Fragekatalog der Linksfraktion im Kreistag vom Dezember 2020 zu den Gründen des Rückzuges aus dem geplanten Bau nutzte Schmidt sein Schreiben an den Bürgermeister von Neuenhagen, Ansgar Scharnke, vom 2. Dezember. Darin machte er den Bürgermeister für das Scheitern verantwortlich, da dieser den vorgesehenen Architekten für das Bauvorhaben gekündigt hatte. Nach Ansicht des Landrates gefährdeten dieses Vorgehen und die Neuausschreibung eines Generalunternehmers den vereinbarten Zeitplan und führte zu zusätzlichen Kosten.

Die Frage der Abgeordneten, warum es zuvor keine Erörterung der Situation des Bauvorhabens in den zuständigen Gremien des Kreistages gab, ließ der Landrat unbeantwortet.

Für den Fall, dass Neuenhagen die vorgesehenen Zeitschienen einhalte, stellte Landrat Schmidt allerdings im Kreistag in Aussicht, es bei dem geplanten Standort in Neuenhagen zu belassen.

Von der Verwaltung in Neuenhagen war inzwischen zu nehmen, dass es noch einige Fragen u. a. zu Parkplätzen, Straßenbauarbeiten, Strom- und Wasserversorgung zu klären gäbe, die Gemeinde aber die Erschließungsaufgaben entsprechend der getroffenen Absprachen als lösbar bis zum geplanten Baustart im März 2022 betrachte.

Schmidt hatte zwischenzeitlich mit der Information überrascht, dass sowohl Altlandsberg als auch Hoppegarten Interesse angemeldet hätten, die Schule in ihren Gemeinden zu bauen.

Die Abgeordnete der Linksfraktion Monika Huschenbett hofft nun, dass die Kreisverwaltung die im Bauausschuss am 21. Januar zugesagte Vorlage eines belastbaren Variantenvergleiches der gegenwärtig in Rede stehenden drei Standorte als Basis für eine geforderte Kreistagsentscheidung liefert. Sie bedauert allerdings, dass eine solche Vorlage nicht explizit im Ausschussprotokoll erwähnt wurde, sondern nur auf Informationen zum Sachstand verwiesen ist.

Renate Adolph

## Linke vor Ort

### Pionier der Wissenschaft postum seiner Lebensleistung berauben?

Das Stadtratsplenum von Halle diskutierte über die Beibehaltung des Namenszusatzes „Sigmund Jähn“ für das nach der Neuerrichtung wiederzueröffnende Planetarium in Halle. Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt für die Aufarbeitung der



„Vielleicht wird es mal eine menschliche Gesellschaft geben, in der nicht Einer Milliarden besitzt, während der Andere gerade so durchkommt.“

Sigmund Jähn

SED-Diktatur hat sich mit der Forderung eingeschaltet, das nicht zuzulassen, da Sigmund Jähn eine Stütze der SED gewesen sei. Auch die entsprechend Beauftragte des Landes Brandenburg stieß in dasselbe Horn.

Dazu erklärt Niels-Olaf Lüders, Bundestagkandidat der LINKEN, Wahlkreis 59:

„Sigmund Jähn wird vorgeworfen, sich nicht ausreichend genug von der DDR distanziert zu

haben. Was will man damit all den Menschen sagen, die ihre Lebensleistungen in der DDR erbracht haben? Sollen diese Leistungen nur noch dann der Ehre wert sein, wenn sie mit einer möglichst vollständigen Verleugnung der damals vertretenen Ideale einhergehen? Und

werden andere heute geehrte Menschen eigentlich auch auf das reduziert, was sie zu ihrer Zeit nicht getan haben und vielleicht auch hätten tun können? Sigmund Jähn war der erste Deutsche im All. Das ist er geworden, weil es die gesellschaftlichen

Verhältnisse sowie seine geistigen und körperlichen Voraussetzungen ermöglicht haben. Gleichzeitig trat er bewusst für die Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft für alle Menschen ein und diente zum Schutz des ersten Versuches einer derartigen Gesellschaft in den Streitkräften der DDR. Die Auseinandersetzung um eine solche bessere Gesellschaft und darum, wie diese gestaltet werden könn-

te, ist auch heute noch nicht beendet.

Von denjenigen, die gegen eine Gesellschaft sind, die den Anspruch hat, allein dem Wohle aller Menschen und nicht nur einiger Weniger verpflichtet zu sein, oder die zumindest die wirklichen Motive vieler Menschen in der DDR bewusst nicht sehen wollen, wird er nun als Scherze der Unterdrückung diffamiert. Für die anderen ist er ein Pionier der Wissenschaft und ehrlicher Suchender bei der Gestaltung des menschlichen Lebens. Sigmund Jähn war ein bescheidener und aufrichtiger Mensch und damit für viele in der DDR und auch für mich ein wirklicher Held im besten Sinne.

Ich trete für die Würdigung seiner wissenschaftlichen und technischen Pioniertat sowohl in Halle als auch in Strausberg ein und seiner Diffamierung entgegen. Dies unter anderem auch deswegen, weil er für die nachfolgenden Raumfahrer der BRD stets ein aufgeschlossener, freundlicher und äußerst fachkundiger Ratgeber und Begleiter war.

Sigmund Jähn ist Ehrenbürger der Stadt Strausberg, in der er bis zu seinem Tod lebte.“

### Stadtverordnete Ute Wunglück hinterfragt Zusammenarbeit mit Bürgermeisterin



Auszug und ausführlich weiter auf: [www.dielinke-strausberg.de/nc/politik/aktuell/detail/news/streit-ums-kino-stadtver-](http://www.dielinke-strausberg.de/nc/politik/aktuell/detail/news/streit-ums-kino-stadtverordnete-hinterfragt-zusammenarbeit-mit-buergermeisterin-von-strausberg)

ordnete-hinterfragt-zusammenarbeit-mit-buergermeisterin-von-strausberg

„... Die eigentlich aktuelle Aussage bzgl. Kino Markt 13 in Strausberg seitens der Bürgermeisterin erfolgte erst aufgrund meiner Anfrage über die Fraktion DIE LINKE direkt an die Bürgermeisterin, wieviel Geld für die Umsetzung des Projektes Kino im Jahr 2021 eingeplant wäre. Wir wurden wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt.

Einerseits teilte die Bürgereisterin öffentlich in der letzten Stadtverordnetenversammlung (SVV) mit, dass die Eigentümerin, Frau Ullrich, auf ihr Mietrecht besteht, definitiv nicht ausziehen werde, der Wert weit über das Doppelte gestiegen ist, es keine Fördermittel mehr dafür gibt, sowie

das Immissionsgutachten die Betreuung eines Kinos gar nicht zulässt.

In einem zufälligen Gespräch mit Frau Ullrich, Besitzerin der Immobilie Markt 13, am 27. Januar erfuhr ich genau das Gegenteil von dem, was uns bisher hier durch die Bürgermeisterin mitgeteilt wurde.

Auch weitere Recherchen meinerseits belegten wieder einmal, dass wir Stadtverordnete, Presse und Fernsehen, Strausberger Einwohnerinnen und Einwohner seitens der Bürgermeisterin offensichtlich getäuscht, vorsätzlich mit Fehl- bzw. Falschinformationen öffentlich belogen wurden.

Nun zu den Fakten: Der Zeitungsartikel der MOZ vom 29.01.2021 und so auch die Aussagen von Frau Ullrich mir gegenüber besagen, dass sie selbst überhaupt nicht auf Wohnrecht bestand bzw. besteht.

Die am 14.09.2016 von der Bürgermeisterin im Auftrag der Stadt Strausberg unterschriebene Vorverkaufsvereinbarung wurde nie aufgelöst ...“

Ute Wunglück

### Nur Streit ums Kino?

Ich habe in den vergangenen Monaten einiges in der Brandenburger Kommunalpolitik erleben müssen und habe auch darüber gelegentlich geschrieben.

Die Affäre Kino in Strausberg ist kein Einzelbeispiel und schon gar nicht in unserem Landkreis! An dieser Stelle möchte ich Ute Wunglück für ihre klaren Worte danken. Wenn diese Art zu regieren, besser herrschen, nicht schnellstens unterbunden wird, verschwindet die Attraktivität unseres Landstriches zunehmend. Aus Heimat wird Schlafstätte und unsere Mitmenschen werden kein Interesse am Sich-aktiv-Einbringen mehr haben!

„Wer will, findet Wege. Wer nicht will, findet Gründe.“ (Verfasser unbekannt) Für mich stets ein sehr sinnvoller Spruch. Immer wieder und zu vielen kommunalpolitischen Themen, die die Stadt Strausberg betreffen, erhielten wir in der Vergangenheit und erhalten wir nach wie vor Gründe, was, warum, wie und oftmals gar nicht geht...

Der Stachel

## Warum gerade Hanau?

Am 19. Februar 2020 ermordete der 43-jährige Tobias Rathjen neun Hanauer Mitmenschen mit Migrationshintergrund. Die Tat wird als rechts-extremer Terrorakt eingestuft. Es gibt keine Antwort auf diese Frage, warum gerade Hanau! Leider ist rechtsextremes Gedankengut an jedem Ort zu finden, und oft sind die Staatsorgane auf dem rechten Auge blind!

Menschenfeindliches Gedankengut ist, egal in welcher Form es zum Ausdruck gebracht wird, nicht tolerierbar und Wegschauen ist nicht akzeptabel! Bürgerinnen und Bürger gedachten in Strausberg dieser Opfer am Jahrestag ihrer Ermordung. Auch „Erinnern heißt Verändern“.

Carsten Wenzel  
BO Tamara



Foto: Carsten Wenzel

## Bundestagskandidat Niels-Olaf Lüders sagte auf der Gedenkveranstaltung:



„Die Opfer wurden getötet, weil ihr Aussehen, ihre vermutete Abstammung dem verblendeten Täter nicht gefielen. Der Nährboden für diese Gewalttaten, Rassismus, hat sich bis weit in

die Mitte der Gesellschaft hineingefressen. Nach den Anschlägen wurde wieder vom verwirrten Einzeltäter gesprochen. Ich glaube nicht, dass das strukturelle Problem dahinter nicht gesehen wird. Dabei muss es sich doch geradezu aufdrängen, wenn dem Täter von der Staatsanwaltschaft ein tief verwurzelter Rassismus attestiert wird. In Hessen im Besonderen und auch in der gesamten BRD wird gegen rechte Gewalttaten regelmäßig sehr schlampig vorgegangen. Kein Wunder, stammen doch auch Daten für rechtsradikale Drohmails von Polizeicomputern. Zudem sitzen geistige Brandstifter, die ganze Personengruppen mit ihren Worten abwerten wollen, inzwischen sogar in unseren Parlamenten. Lasst uns den geistigen Brandstiftern mit ihrer salonfähig gewordenen rassistischen Nazi-Ideologie immer und überall entgegentreten! Lasst uns die in Hanau ermordeten Menschen nicht vergessen. Die schwelende Gefahr, die von ihnen ausgeht, muss gebannt werden. Das sind wir den Opfern von Hanau schuldig.“

## Steinhöfel sagt „NEIN“ zum rechtsradikalen, rassistischen Gedankengut der AfD!

Am 20. Februar verhinderten Bürger von Steinhöfel gemeinsam mit Freunden, Gleichgesinnten ein Treffen der rechten Vertreter der AfD in der örtlichen Gaststätte Ulmenhof. Sie verlangten: „Steinhöfel in Brandenburg bleibt bunt! Wir wollen diesen braunen Sumpf nicht.“

Für mich bezeichnend ist, dass in unmittelbarer Nähe zum geplanten Tagungsort der AfD ein Kriegerdenkmal zum mahnenden Gedenken der im Zweiten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten aufruft, ohne die schuldigen dieses Krieges zu benennen, den Imperialismus mit seinen Nazischergen, deren

ideologische Urenkel wieder Hass predigen dürfen.

Ich war Stolz, Teil des Protestes zu sein.

Wenn Du Dich auch für ein buntes Brandenburg und gegen rassistisches Gedankengut einsetzen willst, dann schaue nicht weg, sondern schließe Dich an!

Carsten Wenzel  
BO Tamara



## Hoppegartens Bürger\*innen können über 50000 Euro bestimmen

Endlich gibt es auch in Hoppegarten wie in vielen anderen Kommunen einen Bürgerhaushalt. Seit mehreren Jahren hat sich die LINKE der Gemeinde für dieses gesonderte jährliche Budget in Höhe von 50000 Euro eingesetzt, über dessen Verwendung die Bürgerinnen und Bürger direkt entscheiden

können. Ende des Jahres 2020 hatte die Gemeindevertretung nun endlich für einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion grünes Licht für den Bürgerhaushalt gegeben.

Die Bürgerinnen und Bürger können jetzt ihre Vorschläge zum Beispiel für die Gestaltung von Spielplätzen, Parkanlagen oder kulturel-

len Angeboten jeweils in Höhe bis zu 10000 Euro der Gemeindeverwaltung mitteilen (siehe Amtsblatt für die Gemeinde Hoppegarten vom 18.12.2020). Die Abstimmung über die jeweils bis zum 30. Juni eingereichten Vorschläge erfolgt in einer öffentlichen Veranstaltung.

## Aus unserer Postmappe

### Eine Frau aus dem Oderbruch mit Zivilcourage

Wer war sie, die Ruth Schwetschke, die als sie Ehrenbürgerin in ihrem Heimatort Letschin wurde, als erstes fragte: Darf ich jetzt kostenlos Straßenbahn fahren?“ Ja, sie hatte Humor, unsere Ruth, und sie hatte das Herz am rechten Fleck. Ihr gutes Herz hörte am 3. Januar 2021, mit 93 Jahren, auf zu schlagen. Sie wird uns fehlen, sagen alle, die sie kannten. Die aktive Genossin aus dem Ortsverband Letschin, die Kümmerin, die fröhliche Erzählerin, die Heimatforscherin.



Ruth Schwetschke

Zwischen zwei Weltkriegen geboren und sehr früh, ohne Mutter und Vater, war Ruth verantwortlich für ihre jüngeren Geschwister. Ihr jüngster Bruder war damals drei. „Es war eine schwere Zeit, aber wir hatten große Hoffnungen.“ Sie war immer offen für alles Neue.

Im Dezember 1946 gehörte sie zu den Gründerinnen des antifaschistischen Frauenausschusses sowie der FDJ in Wollup. Im Gut Wollup, später „Volkseigenes Gut“, arbeitete und lernte sie die landwirtschaftlichen und betrieblichen Zusammenhänge einzuschätzen und sich für die weitere Entwicklung des Betriebes zu interessieren. Es war die Zeit, die dringend gebot, Lebensmittel in ausreichendem Maß zu erzeugen. Die Arbeit der Landarbeiter in den Ställen und auf dem Acker war sehr schwer, weil hilfreiche Geräte und Maschinen oft fehlten.

Für Ruth Schwetschke war es selbstverständlich, sich für ihre Kolleginnen und Kollegen hartnäckig und helfend einzusetzen. 20 Jahre leitete sie die Betriebsgewerkschaft. Im Betrieb war sie für die Ersatzteilbeschaffung zuständig. Das prägte ihre Menschenkenntnis und ihren Umgang mit Schwierigkeiten außerordentlich. Sie sagte einmal in einem Interview: Ihr einziges Kapital sei ihre Hartnäckigkeit gewesen. „Man

musste eben Zähne zeigen, um durchzukommen.“

Nicht nur an ihrem Arbeitsplatz war Ruth jederzeit ansprechbar. 32 Jahre lang leitete sie die Ortsgruppe der Volkssolidarität. Wenn es darum ging, Feste und Gedenktage zu organisieren und für alle Dorfbewohner zu einem Erlebnis werden zu lassen, war sie in der ersten Reihe.

Das Jahr 1989 endete für Ruth Schwetschke nicht in einem Freudentaumel. Die Privatisierung des Volksgutes und des volkseigenen Gartenbaubetriebes war Anlass für sie, an ihrem bisherigen Einsatz für das Leben in den Betrieben und in der Dorfgemeinschaft zu zweifeln. Dennoch, sie behielt ihre Zuversicht und ließ nicht nach, sich um das Leben im Dorf und in der Gemeinde Letschin, dazu gehört auch Wollup, zu kümmern und sich weiterhin mit aller Kraft einzubringen. Sie war Kreistagsabgeordnete, Ortsbürgermeisterin und arbeitete im Heimatverein, bei der „Perspektive Letschin“ und 20 Jahre lang im Seniorenbeirat mit. Sie bekochte alleinstehende, arbeitslose Männer zu Weihnachten und kümmerte sich um vereinsamte, ältere Frauen. Wo es etwas zu tun gab, war Ruth dabei.

Die Ernennung zur Ehrenbürgerin der Gemeinde Letschin war Anerkennung für eine große Lebensleistung. Sie nahm es fröhlich und mit Humor an. An ihrem 90. Geburtstag sagte Ruth: „Wenn ich Euch also einen Tipp geben darf: Bleibt gesellschaftlich aktiv, dann werdet ihr mindestens 90 Jahre alt!“ Sie wurde 93. Wir werden Ruth, ihren grenzenlosen Optimismus und ihr Wirken in der Gemeinde Letschin und darüber hinaus in ehrendem Gedenken bewahren.

Bettina Fortunato (MdB)  
sowie DIE LINKE. Letschin



### Insektenschutz Postfach mit Nebenwirkung

Es ist gut, dass durch die MOZ am 22. Februar auf die sich stetig verschlechterten Wirtschaftsbedingungen der Landwirte infolge immer neuer und verschärfender Restriktionen hingewiesen wird. Das trifft im Übrigen gleichermaßen auch auf vielfältige Investitionsvorhaben in der Wirtschaft zu. Begründet werden die Restriktionen stets mit den sehr populären Auffassungen zum Schutz von Natur und Umwelt. Hierbei sind sich die Bundesregierung mit CDU und SPD weitestgehend mit grünen Parteien, Verbänden und Bewegungen einig. Daher ist es schon sehr erstaunlich, aber genauso fragwürdig, dass sich Frau Dr. Buder im bevorstehenden Wahlkampf um ein Bundestagsmandat nun von ihrer eigenen CDU-Parteilinie anscheinend abwendet, anstatt die Auseinandersetzung in ihrer eigenen Partei zu suchen.

Natürlich ist der Schutz der Biene, der Ameise, der Zauneidechse und vieler weiterer Tiere und Pflanzen genauso wie die ökologische Tier- und Pflanzenproduktion wichtig und richtig für unsere Umwelt. Das für den Schutz auch Gesetze und Verordnungen erlassen werden ist ebenso richtig. Aber die Regelungen sollten stets in Abstimmung mit den Betroffenen beraten sowie in angemessener und verhältnismäßiger Weise gestaltet werden, was leider gegenwärtig in Deutschland nicht erfolgt.

Im Übrigen erscheint es für den Klima- und Umweltschutz noch wesentlich bedeutsamer und existenzieller, dass sich die Politik endlich um die Bekämpfung der Kernprobleme unserer Zeit mit Krieg, Hunger, Elend, Aufrüstung, Waffenexporten und imperialem Streben um Rohstoffe und Absatzmärkte kümmert. Dazu muss man allerdings auf imperialistisches Machtstreben und nationale Egoismen verzichten und zugleich uneigennützig solidarische Hilfe und Unterstützung dort auf der Welt leisten, wo es dringend geboten und erforderlich ist.

Mit der aktuellen Politik der Bundesregierung und den Auffassungen von grünen Parteien und Verbänden wird eine nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Neuausrichtung der Gesellschaft wohl kaum zu erreichen sein.

Carsten Kopprasch  
Rehfelde



## Zum Internationalen Frauentag erklärte Bettina Fortunato, Vorsitzende

Es hat in unserem Land einige Jahre gedauert, aber nun können wir sagen: Der Frauentag am 8. März ist in unserer Gesellschaft „angekommen“. Er wird nicht mehr als DDR-Relikt belächelt, sondern ist heute ein anerkannter Anlass, auf die schwierige Lage vieler Frauen in unserem Land aufmerksam zu machen und darzulegen, dass im Kampf um Fortschritte bei der Gleichberechtigung nicht nachzulassen ist. Die Volkssolidarität ist ein Sozial- und Wohlfahrtsverband, in dem mehrheitlich Frauen organisiert sind. Und es handelt sich meist um ältere Frauen, die mit geringen Renten auskommen müssen, die aber oft noch „ihren Mann stehen“, wenn es um die Betreuung der Enkel, der Angehörigen oder andere Hilfeleistungen geht. Auf ihre Lebensleistungen hinzuweisen, die mit dem Renteneintritt keineswegs beendet ist, und eine gebührende Wertschätzung einzufordern, muss der 8. März Anlass sein. Zum einen hatten die meisten unserer Mitglieder und Freundinnen als

berufstätige Frauen eine Doppelbelastung in Beruf und Familie bewältigen müssen und zum anderen sind sie im Alter in eine soziale Lage geraten, die für viele nicht hinnehmbar ist. Frauen sind die, die immer noch bei der Kinderbetreuung und -erziehung sowie auch bei der Pflege von Angehörigen nach wie vor den größten Teil der Lasten tragen. Statistischen Angaben zufolge üben Frauen ungefähr ein- einhalb Mal so viel unbezahlte Sorgearbeit aus wie Männer. Das darf sich nicht länger zu ihrem Nachteil in der Einkommenssituation und bei der Altersrente auswirken. Doch zeigt sich in der Realität, dass grundgesetzlich festgeschriebene Gleichstellung in der Lebensrealität noch nicht erreicht ist. Den eigenen Lebensunterhalt zu sichern und gleichzeitig Zeit für Familie zu haben, ist der Wunsch der jüngeren Frauen- und Männergeneration. Das muss ihnen ermöglicht werden. Es gibt ein Netz von Frauenhäusern, wohin sich

die weiblichen Opfer von Gewalt flüchten können. Es gibt in Brandenburg ein Ministerium, das sich ausdrücklich auch dem Anliegen von Frauen widmet. Überall sind Gleichstellungsbeauftragte damit befasst, die Zurücksetzung von Frauen zu unterbinden. Die Gesellschaft ist bezogen auf dieses Thema sensibilisiert. Die Lage in unserem Land stellt also keinen Vergleich zu dem dar, was Frauen in anderen Ländern heute immer noch erleiden müssen. Gewalt ihnen gegenüber ist dort an der Tagesordnung, die verweigerter Selbstbestimmung zum Teil noch Gesetz. Längst ist die Situation der Frauen in Deutschland damit nicht gleichzusetzen. Und doch stellen diese Erfolge eine Ermutigung dar, im Streben nach Verbesserungen nicht nachzulassen. Vor dem Internationalen Frauentag 2021 ruft die brandenburgische Volkssolidarität alle Frauen auf, ihre Rechte wahrzunehmen und die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen zu fordern.

## Machen wir uns nicht zu Mittätern bei Zerstörung des Regenwaldes!

„Statt blinder Marktöffnung über ein Freihandelsabkommen EU-Mercosur brauchen wir vor allem ein Kooperationsabkommen mit den Amazonas-Anrainern zum Schutz des Regenwaldes und der dort lebenden Bevölkerung.“ Das betonte der Handelspolitische Sprecher von THE LEFT im Europäischen Parlament, Helmut Scholz, Ende Februar in einem Hearing zu Aspekten des Assoziierungs- und Handelsabkommens des Ausschusses für Internationalen Handel.

„Wir wissen alle, dass die öffentliche Meinung in der Europäischen Union das Mercosur-Freihandelsabkommen mehrheitlich ablehnt. Das sollten die Abgeordneten zur Kenntnis nehmen und berücksichtigen. Ein Hauptgrund für die Besorgnis ist die gnadenlose Abholzung des Regenwaldes in Brasilien. Präsident Bolsonaro und die skrupellosen Profiteure hinter

ihm begehen vor unseren Augen ein Verbrechen an dem für den Klimaschutz so wichtigen Amazonasregenwald.“

Die Konsequenzen daraus sind für den Abgeordneten klar: „Solange es in Brasilien keine Regierung gibt, welche die möglichen negativen Auswirkungen eines Freihandelsabkommens mit der EU durch Gesetze zu Umweltschutz, Sozialschutz, Einhaltung der Menschenrechte insbesondere auch der indigenen Völker und Flächennutzung vorab verhindert, dürfen wir uns nicht durch ein Abkommen zu Mittätern machen.“

Wichtig sei vielmehr, so Helmut Scholz, ein Kooperationsabkommen mit den Anrainernstaaten des Amazonaswaldes zum Schutz des Regenwaldes und der dort lebenden Bevölkerung. So würden Kommission, Rat und Parlament ein Zeichen setzen, dass die Ver-



Helmut Scholz, Mitglied des Europäischen Parlaments

sprechen in der neuen Handelsstrategie von Transformation zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und zur Verpflichtung auf die UN-Nachhaltigkeitsziele ehrlich gemeint seien. Das vorliegende Abkommen verfehle diese Maßstäbe und deshalb werden auch Zusatzprotokolle oder Erklärungen nichts am Wesen verändern können. „Stopp dieses Abkommens und Neuverhandlungen sind die einzig richtigen Alternativen, wenn wir es mit offenem, nachhaltigem und bewusstem, also fairem (Open, Sustainable and Assertive Trade Policy) Handel ernst meinen“, so Scholz.

## Lüders traf sich mit Vertretern von Fridays for Future am 24. Februar und schrieb folgende Mail:

Liebe Louisa,  
lieber Ole,

ich bedanke mich, dass Ihr meiner Einladung gefolgt seid und für unser gutes Gespräch. Ich bin sehr beeindruckt, wie Ihr Euch für die schnellstmögliche Herbeiführung einer ökologischen Wende engagiert. Ihr habt meine volle Unterstützung und auch die der

Genoss\*innen der LINKEN. Ihr habt schon viel erreicht. Macht weiter so!

Nachdem wir bei unserem Gespräch festgestellt haben, dass wir sehr ähnliche umweltpolitische Ziele verfolgen, weil auch Ihr Euch zum Beispiel einen „grünen Kapitalismus“ nur schwer vorstellen könnt, freuen wir uns nun auf die weitere Zusammenarbeit mit Euch.

Wenn Ihr also unsere Hilfe braucht, z. B. beim Organisieren, Herstellen von Plakaten, bei einer Demo oder einer Gesprächsrunde, dann meldet Euch bitte einfach bei uns. Bitte haltet uns auch über Eure geplanten Aktionen auf dem Laufenden.

Mit herzlichen Grüßen

Niels-Olaf Lüders  
Bundestagskandidat  
DIE LINKE. (MOL/Barnim II)

## Bürgerbüros

### Bettina Fortunato (MdL)

#### Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

## Geschäftsstellen

### Kreisgeschäftsstelle MOL

www.dielinke-mol.de  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

### Bad Freienwalde

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
E-Mail: frw@dielinke-mol.de  
www.dielinke-frw.de

### Strausberg

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de  
www.dielinke-strausberg.de

## LinksTreff

### LinksTreff Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de

## Öffnung der Büros der LINKEN im März

- **Die Geschäftsstelle Strausberg**  
Mo-Do 10.00 - 12.30 Uhr geöffnet
- **Die Geschäftsstelle  
Bad Freienwalde**  
öffnet jeden 1. Dienstag im Monat  
von 9.30 - 11.30 Uhr und  
jeden Donnerstag  
von 16.00 - 18.00 Uhr
- **Der LinksTreff Seelow**  
ist nur telefonisch oder per  
E-Mail zu erreichen
- **Das Wahlkreisbüro von  
Bettina Fortunato in Seelow:**  
öffnet Montag bis Donnerstag  
9.00 - 13.00 Uhr



WM-Siege, Olympia-Medaillen, Gesamtsiege bei der Friedensfahrt – Täve Schur ist ein ganz, ganz großer des deutschen Sports. Es ist eine

Schande und ein Armutszeugnis für dieses Land, dass dem Radsportidol der DDR die Aufnahme in die „Hall of Fame“ verwehrt wird, weil er seinen sozialistischen Überzeugungen treu bleibt und sich politisch nicht verbiegen lässt. Gerade mit seinen Mannschaftssiegen bei der länderübergreifenden Friedensfahrt hat Täve Schur Millionen Menschen im Osten begeistert und das pazifistische Ideal der Völkerverständigung im sportlichen Wettkampf mit Leben erfüllt. Diesem Mann der Verständigung, des Miteinanders und der Solidarität die Ehrung zu verweigern, zementiert die Spaltung Deutschlands.

Immer gerade geblieben und kämpferisch – alles, alles Gute zum 90. Geburtstag, lieber Täve Schur, und natürlich weiter viel Gesundheit, auf dass wir die nächsten zehn Jahre noch reichlich feiern können! 23. Februar 2021



### Buchempfehlung:

EINE HOFFNUNG AN DER ELBE,  
Rediroma Verlag

Kleinstadtmädchen im Großstadtrummel, Ostbrandenburg auf dem Hamburger Kiez, zwischen Freundschaft und Gewalt – um diese Gegensätzlichkeiten geht es im vorliegenden Roman. Die 18-jährige Elli hat es nach dem Tod ihrer Familie nach Hamburg verschlagen, wo sie sich als Dealerin über Wasser hält. Als ein kiez-bekannter Kneipenbesitzer ins Drogengeschäft

einsteigen und sein Einzugsgebiet erweitern möchte, gerät Elli in sein Visier. Doch ihre Zufallsbekanntschaft mit Jan, einem alternden Schauspieler mit gesundheitlichen Problemen, bringt Elli nicht nur Schutz auf einem alten Hof, sondern auch Wärme und eine ungewöhnliche Freundschaft.

Die junge Strauberger Autorin Angelia Gacon hat mit Wortwitz und Liebe zu detaillierten Beschreibungen einen packenden Roman geschrieben, der zwischen temporeichem Krimi und Coming-of-Age Geschichte anzusiedeln ist. Mit viel Hamburger Mundart gespickt, sind die Charaktere lebensnah und es macht Spaß zu sehen, wie Elli über den Verlauf des Romans weicher wird und sich ihrer eigenen Geschichte stellt.

*Peps Perdu*

Am 5. März begingen wir den **150. Geburtstag von Rosa Luxemburg**. In unserem Gedenken an diese wunderbare Frau und Kämpferin für eine sozialere, friedlichere Welt handeln wir nach Ihrer Maxime:  
„Trotz alledem geben wir niemals auf, sondern wir nutzen jede Chance für den gesellschaftlichen Fortschritt!“



## HIER UND DA

Die Sonne scheint recht freundlich durch die Äste,  
Worunter sich die Krokusse erheben.

Der Frieden hier, er hat sich so ergeben;  
Von allen Welten haben wir die beste.

Die Straßenbahnen scheppern durch die Gassen,  
Das Dach des Krankenhauses leuchtet bläulich  
Und wie wir durch den Park spazierten neulich,  
Da mochten wir uns an den Händen fassen.

Wir dachten nicht daran, dass an den Rändern  
Europas eine satte Million  
von Sklaven, mit den Löffeln klappernd, steht.

Wir haben auch nicht vor, was dran zu ändern.  
Der Bundeswehrosoldat kriegt seinen Lohn  
Dafür, dass er die Waffe nicht nur lädt.

Marco Tschirpke

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.:** Niels-Olaf Lüders, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, Simone Schubert, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.

**Layout u. Satz:** Fortunato Werbung, – www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat